

# Zum 09. November 1938

## I. Novembepogrome in Frankfurt

In den frühesten Morgenstunden des 10. November 1938 wurden vielleicht schon die Sirenen der Feuerwehren gehört. In den meisten Fällen erfuhr man an diesem Donnerstagmorgen wohl als Erstes, dass die Synagogen brannten. Einige Männer kehrten von ihrem Weg zum Frühgottesdienst zurück, schnell versuchten die Leute sich telephonisch zu verständigen. Andere hörten auf der Straße, dem Weg zur Arbeit oder zur Schule von den Bränden, deren Rauch in den Straßen hing. Andere wurden schon in ihren Wohnungen überrascht, die Scheiben eingeschmissen, die Einrichtung zertrümmert, sie wurden aus den Wohnungen geholt und geprügelt. Manche wurden willkürlich verhaftet, auch von Männern und Jugendlichen in Zivil, größtenteils wohl von SA und HJ. Die Hauptsynagoge in der Börnestraße, die große Synagoge am Börneplatz und die Synagoge der Israelitischen Religionsgesellschaft an der Friedberger Anlage standen in Flammen. Auch die Westendsynagoge war verwüstet und brannte von innen völlig aus. Die Feuerwehr war angerückt, nicht um zu löschen, sondern um das Übergreifen auf umliegende Gebäude zu verhindern. Auch Polizisten griffen nicht ein, sondern sollten nur »Unruhen« verhindern, was vor allem bedeutete, den Verkehr zu regeln. Vor den Synagogen hatten sich Menschen versammelt, deren Reaktionen von Erschütterung bis zu antisemitischem Gepöbel reichte, größtenteils wohl ein teilnahmslos-wohliges Schauern. Von offen geäußelter Empörung ist jedenfalls nichts bekannt. Wo das erste Feuer nicht ausreichte, wurde, wie an der Friedberger Anlage, das Feuer an die vier- oder fünf-mal neu entfacht. Es wurde klar, dass alle Synagogen brannten und immer mehr Verhaftungen wurden bekannt. Schülerinnen und Schüler standen am Philantropin und der Samson-Raphael-Hirsch-Schule vor verschlossenen Türen und wurden wieder nach Hause geschickt.

Wenige Stunden nach den ersten Brandstiftungen hatten die Aktionen der Gestapo und auch der SS begonnen, die die männlichen Juden zwischen 18 und 65, in anderen Quellen heißt es auch zwischen 16 und 80 Jahren verhafteten. Dabei wurden die Wohnungen zumeist durchsucht und verwüstet, die Einrichtungen zerstört, teilweise auch auf die Straße geworfen, die Angehörigen der Verhafteten bedroht und misshandelt. Was mit den Männern passieren würde, war nicht klar, weder warum sie verhaftet wurden, noch wohin man sie brachte.

Im Laufe des Morgens sammelten sich immer größere Menschengruppen, riefen »Juda verrecke!« oder »Deutschland erwache!« und zogen zum Teil bewaffnet mit Eisenstangen, Latten und Äxten durch die Stadt. Vor allem in der Innenstadt, im Ostend und Nordend wurden Kaufhäuser, Bäckereien, Fleischereien, Juweliergeschäfte, eine Druckerei, Zigarettenbuden und Cafés zerstört, die Auslagen auf die Straße geschmissen, geplündert und die Häuser mit antisemitischen Parolen beschmiert. Die Besitzer und Besitzerinnen und Angestellten, zum Zusehen gezwungen, wurden gedemütigt und oft genug misshandelt. Nicht nur die Zeil, komplette Straßenzüge müssen übersät gewesen sein mit Scherben und Glassplittern. Tausende liefen in den Straßen zusammen. Auch Wohnungen wurden angegriffen und die Bewohner und Bewohnerinnen geschlagen, die Einrichtung zertrümmert und aus dem Fenster geworfen. Zeitweise brach der Verkehr zusammen, keine Straßenbahnen und Autos fuhren mehr. Die Pogrome weiteten sich aus, auch in Rödelheim wurde die Synagoge in Brand gesetzt, und die in Heddernheim völlig verwüstet.

Nachmittags legten die Bürger von Höchst, nachdem die Synagoge durch ein erstes nicht zerstört worden war, ein zweites Feuer. In Neu-Isenburg war ein Kinderheim in Brand gesetzt worden, die Bewohnerinnen und Bewohner mussten sich aus dem brennenden Gebäude retten. Auch immer mehr andere jüdische Einrichtungen waren vom Pogrom betroffen – ein Jugendheim, die Gemeinde-Archive, die jüdische Wohlfahrtspflege. Im späten Nachmittag müssen einzelne Flüchtlinge aus dem Umland nach Frankfurt gekommen sein. Vereinzelt wurden Selbstmorde bekannt. Das Pogrom dauerte bis in die Abendstunden hinein an.

Die im Laufe des Tages Verhafteten wurden auf den nächstliegenden Polizeiwachen registriert, einige wohl auch in die Gefängnisse der Gestapo gebracht, und dann mit Bussen und Lastwagen in die Festhalle gefahren und gesammelt. Diese Verhaftungsaktionen von Gestapo und SS dauerten bis zum 13. November an. In der Festhalle, der Willkür der Wachmannschaften von SA, SS und auch der Polizei ausgesetzt, wurden die Männer gedemütigt und misshandelt. Mehrere wurden dort ermordet. Die Verhafteten mussten stundenlang stehen, marschieren, singen, um die Leichen herumkriechen, wurden geschlagen. Von dort brachte man sie am Abend zum Südbahnhof und deportierte sie in die Konzentrationslager Buchenwald und Dachau. Über 3000 Menschen wurden in den nächsten Tagen, das heißt zwischen dem 10. und dem 13. November aus Frankfurt verschleppt.

## II. Der November 1938

Wie in Frankfurt verliefen die Novembepogrome im gesamten Deutschen Reich, in kleinen Dörfern und Großstädten. Auch im angeschlossenen Österreich und in den annektierten Teilen der Tschechoslowakei fanden ab dem 9. November Pogrome statt. Anders aber, als es das prominente Datum des 9. November suggeriert, fanden die meisten Aktionen im Laufe des 10. November und häufig auch noch in den folgenden Tagen statt. Vor allem im Gau Kurhessen, das heißt in Kassel, nordhessischen Dörfern und im Hanauer Umland, fanden Pogrome aber auch schon früher, ab dem 7. November statt. Insgesamt 7500 Geschäfte und praktisch alle Synagogen wurden zerstört. Anders als es der nach wie vor verbreitete Begriff »Reichskristallnacht«, der aus dem Jahr 1938 stammt, glauben macht, fielen den Novembepogromen aber nicht nur Glasscheiben, sondern vor allem Menschen zum Opfer: Über 30.000 Menschen wurden in die Konzentrationslager Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen deportiert und beinahe 100 Menschen ermordet – die Zahl derer, die in unmittelbarer Folge der Novembepogrome Selbstmord begingen oder in den Konzentrationslagern starben, ist nicht mehr nachzuvollziehen.

In der Folge der Novemberpogrome wurde die Infrastruktur jüdischen Lebens, wo nicht vollständig zerstört, jedenfalls aufs massivste eingeschränkt – wirtschaftlich, kulturell, religiös, erzieherisch, kulturell, medizinisch. Lediglich Einrichtungen der rudimentären Wohlfahrt und zur Ausreisehilfe wurden meist wiederhergestellt. Unter der »Reichsvereinigung der Juden in Deutschland« wurde das jüdische Leben fortan zentralisiert verwaltet und der zunehmenden Kontrolle der Gestapo unterstellt. Nicht nur die kompletten Versicherungsleistungen für den entstandenen Schaden gingen ans Reich, die Opfer der Pogrome waren auch verantwortlich für die »Wiederherstellung des Straßenbildes« und mussten eine »Sühneleistung« von 1 Milliarde Reichsmark zahlen.

1936 und 1937 gelten als zwei Jahre relativer Ruhe der antisemitischen Politik insofern, als dass aufgrund von Olympiade und Außenpolitik keine offiziellen staatlichen Bestimmungen erlassen worden waren, sondern die Diskriminierung der Jüdinnen und Juden durch gesellschaftlichen Druck, die Anwendung bestehender Erlasse, durch bürokratische Willkür und sogenannte »stille Arisierungen« vollzogen wurde. Dagegen war das Jahr 1938 von einer Flut neuer Verordnungen, Gesetze und Aktionen bestimmt: So gab es neue Berufsverbote unter anderem für Ärzte, Notare, Rechtsanwälte, Krankenpfleger; die Einführung der verpflichtenden Beinamen »Sara« und »Israel«; in die Pässe wurde ein rotes »J« gestempelt; die Kennzeichnungspflicht jüdischer Geschäfte; die Erfassung sämtlichen Vermögens von Juden und Jüdinnen; die sogenannte »Juni-Aktion« bei der außer »Asozialen, Zigeunern und Arbeitsscheuen« auch Juden in die Konzentrationslager deportiert wurden; schließlich die »Polen-Aktion« im Oktober, während der über Nacht 17.000 polnische Juden und Jüdinnen nach Polen ausgewiesen werden sollten – dort allerdings zum großen Teil nicht aufgenommen wurden, so dass sie teilweise bis zum Juli 39 auf dem Grenzkorridor bleiben mussten.

In unmittelbarer Reaktion darauf – seine Familie war von der »Polen-Aktion« betroffen – schoss in der Pariser Botschaft Herschel Grynszpan auf den deutschen Gesandten Ernst vom Rath. Das Attentat wurde unter der Regie von Goebbels Reichspropagandaministerium für eine umfangreiche antisemitische Hetze verwendet – man fantasierte eine weltweite jüdische Verschwörung, die das Attentat in Auftrag gegeben hätte. Die Gefahr einer neuen Welle antisemitischer Maßnahmen »lag in der Luft« – mit den Ausmaßen dessen, was in den nächsten Tagen ereignen sollte, hatte wohl niemand gerechnet.

### III. Novemberpogrome und Zivilisationsbruch

Versucht man sich heute die Ereignisse der Novemberpogrome zu vergegenwärtigen, so denkt man notwendig immer schon die Shoah, den Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden mit, anders geht es nicht. Zu diesem Zeitpunkt gab es aber noch keine Wannseekonferenz, keine Vernichtungslager Auschwitz, Majdanek oder Sobibor – weder war die »Endlösung der Judenfrage« beschlossen, noch wurden die deportierten Juden 1938 in den Konzentrationslagern systematisch gefoltert, nicht systematisch ermordet. Noch hatte der Nationalsozialismus das erklärte Ziel, die jüdische Bevölkerung zu vertreiben und zur Ausreise zu zwingen; die antisemitische Politik war, nachdem gesetzlich definiert war, wer als *Jude* galt und ausgegrenzt wurde, davon bestimmt, sie aus der deutschen Wirtschaft herauszudrängen und zu enteignen. Mag man den Beginn der Vernichtung jüdischen Lebens in Europa entwicklungslogisch vielleicht früher oder in historischer Faktentreue mit der Wannseekonferenz später ansetzen – die Tage im November 1938 waren es jedenfalls, in denen das Leben für Jüdinnen und Juden im Machtbereich Deutschlands zur Frage physischer Existenz wurde. Die antisemitische Politik der Ausgrenzung und »Arisierung« entwickelte sich mit den Novemberpogromen zum Entzug der Lebensgrundlage und zu offener Gewalt.

Die Ideologie der Volksgemeinschaft bewies mit den Novemberpogromen – wie prekär auch immer – als Einheit von Staat und Gesellschaft ihre praktische Wirklichkeit. Dabei kommt es nicht allein darauf an, nachzuweisen, inwieweit sich die nicht nationalsozialistisch organisierte Bevölkerung an den Pogromen aktiv beteiligte, und auch nicht darauf, inwieweit die SA, die gemeinhin als Radauantisemiten, und die SS, die als die Bürokraten der Judenverfolgung vorgestellt werden, sich in Konkurrenz um Einfluss und Macht im nationalsozialistischen Staat gegenüberstanden – allein die Tatsache, dass im Zuge der Novemberpogrome massive und offene Gewalt gegen *die Juden* möglich war, ohne dass es merkbaren Einspruch, geschweige denn Widerstand gegeben hat, ließ die Ideologie von der Volksgemeinschaft historische Wirklichkeit werden.

Dabei war wohl unmittelbar nach den Novemberpogromen die geäußerte Empörung ungewöhnlich stark – dabei ist es aber bezeichnend, woran sich diese Wut aufhängte. Nicht die antisemitische Gewalt, nicht das Leid der Verfolgten, nicht die Deportationen rief Kritiker auf den Plan, sondern vor allem die Verwüstung des Straßenbildes und die »Vernichtung von Werten«, über die bis in die Parteispitze hinein Beschwerden laut wurden – so zum Beispiel von Goering, dem es lieber gewesen wäre, hätte man 200 Juden erschlagen anstatt soviel wirtschaftlichen Schaden am »Volksvermögen« anzurichten. Im Folgenden boykottierten einige »Volksgenossen« sogar die Eintopfsammlung des Winterhilfswerks, weil während der Novemberpogrome unnötigerweise Güter und Rohstoffe vernichtet worden waren. Solange die antisemitischen Maßnahmen auf gesetzlichem Wege verliefen, wurden sie akzeptiert oder begrüßt – nicht die antisemitische Gewalt an sich, sondern ihre Form während der Novemberpogrome widersprach deutschem Kulturempfinden.

Für die Shoah wurde von Dan Diner der Begriff »Zivilisationsbruch« eingeführt – gemeint ist damit die Erfahrung, dass die scheinbar als zivilisatorische Errungenschaften moderner Gesellschaft verbürgten Sicherheiten in sich zusammenbrechen können: Die Kulturnation der Deutschen war fähig zum millionenfachen Massenmord. Die Erfahrung aber, sich schuldlos vor Staat und Gesellschaft des bloßen Lebens nicht mehr sicher sein zu können, kennzeichnet schon die Novemberpogrome, ob diese subjektiv als größtmöglicher Höhepunkt der Verfolgung, das heißt als Grenze dessen, was überhaupt vorstellbar war, oder als unbedingte Notwendigkeit, Deutschland zu verlassen, zu Bewusstsein kam. Mit den Novemberpogromen wird vielleicht deutlich, dass das Unvorstellbare, das folgen sollte, nicht einfach nur der Rückfall in die Barbarei war – dass die Shoah nicht nur der Bruch *mit*, sondern auch *von* Zivilisation darstellt.